

DIAS-Kommentar

Nr. 30 • Januar 2005

Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Zurück zu den „Vereinigten Staaten von Europa“

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Zurück zu den „Vereinigten Staaten von Europa“

Die Wogen der Diskussion, die die Empfehlung der Europäischen Kommission zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausgelöst hat, schlagen nicht nur in Deutschland noch immer hoch. Die Europäische Union und die Staats- und Regierungschefs ihrer Mitgliedstaaten haben sich in den Fallstricken ihrer eigenen Taktik verheddert: Mit der Aufstellung von Bedingungen, die im Moment ihrer Formulierung unerreichbar schienen, glaubten sie die Stunde der Wahrheit auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben zu können. Doch politische Prozesse, die unter solchen Bedingungen begonnen werden, entfalten ihre eigene Dynamik: So wie die Einführung des Euro mit dem Vertrag von Maastricht beschlossene Sache war, wenngleich sie damals angesichts der ehrgeizigen Stabilitätskriterien noch in weiter Ferne schien, war mit den ständigen rhetorischen Bekenntnissen zur Beitrittsperspektive der Türkei auch die Entscheidung vom 6. Oktober bereits vorgezeichnet. Nun ist der Zug abgefahren: Über den Zeitpunkt mag man noch spekulieren – die Türkei wird sich wohl kaum weitere fünfzehn Jahre hinhalten lassen –, aber an dem Ergebnis einer türkischen Vollmitgliedschaft ist allen Beteuerungen hinsichtlich der Offenheit des Verhandlungsprozesses zum Trotz schon jetzt nicht mehr zu rütteln.

Es ist also an der Zeit, sich über die zukünftige Gestalt der Union nach dem türkischen Beitritt Gedanken zu machen. Dabei bildet der Beitritt der Türkei nur den aufgrund ihrer Größe und Geschichte besonders symbolischen Kulminationspunkt des tiefgreifendsten Umgestaltungsprozesses, in dem sich das vereinte Europa je befunden hat: Bereits die am 1. Mai vollzogene Erweiterung von 15 auf 25 Mitgliedstaaten hat das Gesicht der Union entscheidend verändert. Mit den jetzt avisierten Beitritten Bulgariens, Rumäniens und der Türkei wird die Union auf 28 Mitgliedstaaten und um weitere 100 Millionen Menschen zunehmen, und die nächsten Kandidaten stehen praktisch vor der Tür: mindestens die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und die Ukraine, der man nach der Entscheidung über die Türkei die Mitgliedschaft kaum vorenthalten können. Am Ende wird sich der Mitgliederkreis der Europäischen Union wohl nur noch marginal von demjenigen des Europarates unterscheiden, in dem heute mehr als 40 Staaten vertreten sind.

Dies wirft angesichts der noch geringen ökonomischen Leistungsfähigkeit dieser Kandidaten zunächst eine Reihe wirtschaftlicher Probleme auf. So schwerwiegend diese aber auf den ersten Blick scheinen mögen: die in dieser Beziehung höchst erfolgreiche Geschichte der europäischen Integration gibt zu der begründeten Hoffnung Anlaß, daß Europa nicht an der Wirtschaft scheitern wird. Der beispiellose Aufholprozeß, den vor allem die südlichen Mitglieder in der Vergangenheit absolviert haben und der in den neu beigetretenen östlichen Mitgliedstaaten längst begonnen hat, wird sich – unter anderen Voraussetzungen, mit anderen Vorgaben, gegen andere Hindernisse und in anderen Zeiträumen – auch in anderen Ländern initiieren lassen. Ein europäischer Binnenmarkt vom Atlantik bis zum Ural ist keine unwirkliche Phantasie. Es kann daher nicht verwundern, daß die Entscheidung zugunsten des türkischen Beitritts vor allem im Wirtschaftskreisen ein weitgehend positives Echo gefunden hat.

In politischer Hinsicht sieht es anders aus. Soweit die derzeitige Union überhaupt eine politische Einheit mit der Fähigkeit zu entsprechender einheitlicher Willensbildung darstellt – was man außerhalb des Binnenmarktes mit einer gewissen Berechtigung bezweifeln kann –, beruht dies darauf, daß sie zu einem gemeinsamen Vorgehen für gemeinsame Ziele in der Lage ist, und zwar auch und gerade dann, wenn das punktuell den nationalen Interessen einzelner Mitgliedstaaten zuwiderläuft. Ob das in einem Europa der 40 noch möglich sein wird, erscheint zumindest mehr als fraglich. Die Europäische Union droht daher, was ihr Schicksal

als politische Einheit betrifft, ein Opfer jenes Phänomens zu werden, das als „strategische Überdehnung“ bezeichnet wird: ein politisches Subjekt, das sich an der Verwirklichung von Zielen versucht, die seine Möglichkeiten übersteigen, kann letztlich an seinem eigenen Anspruch zugrunde gehen.

Verfassungsrechtlich läßt sich dieses Phänomen nicht bewältigen. Zwar muß eine Verfassung nicht unbedingt die Ziele des von ihr verfaßten Gemeinwesens inhaltlich vorgeben; aber sie muß wenigstens Entscheidungsmechanismen etablieren, die die Handlungsfähigkeit dieses Gemeinwesens sicherstellen. Auch der neue europäische Verfassungsvertrag – sofern er überhaupt ratifiziert wird – vermag dies jedoch für ein derart vergrößertes Europa nicht zu leisten. Das liegt nicht daran, daß er schlecht gemacht wäre, sondern daran, daß er ungeachtet seines hochtrabenden Namens im Kern doch nur eine modifizierte und verbesserte Version der bestehenden Verträge darstellt. Die entscheidende Besonderheit der Union, die Tatsache nämlich, daß ihre Entscheidungsfindung zentral über den Ministerrat bzw. den Europäischen Rat erfolgt und damit zu einem wesentlichen Teil direkt von den Mitgliedstaaten gesteuert wird, konnte er angesichts des erbitterten Widerstandes vieler dieser Mitgliedstaaten nicht antasten. Und an dieser Situation wird sich um so weniger etwas ändern, je größer die Union wird.

Deswegen wird es auf unabsehbare Zeit ein Wunschtraum bleiben, vom Nordkap bis zur syrischen Grenze eine neue Weltmacht als politische Einheit zu installieren. An das Gegenteil glaubt allen seinen Bekundungen zum Trotz wohl nicht einmal Günter Verheugen. Das zeigt allein das Gedankenexperiment eines hypothetischen Vergleichs mit der einzigen wirklichen Weltmacht, den Vereinigten Staaten von Amerika: Man stelle sich nur vor – die wesentlich größere innere Homogenität der USA völlig beiseite lassend –, jeder Gesetzgebungsakt und jede größere politische Weichenstellung müßte in den USA von wenigstens 28 der 50 Einzelstaaten gebilligt werden, die noch dazu fast 200 Millionen Amerikaner repräsentieren müßten. Nähme man dann noch Mexiko als hypothetischen 51. Bundesstaat hinzu – das entspräche ungefähr der Wirkung, die die Einbeziehung der Türkei auf die europäischen Entscheidungsmechanismen haben wird –, und gäbe ihm im Verbund mit Kalifornien, Texas und Florida ein umfassendes Vetorecht, so wären die Tage der USA als handlungsfähige Weltmacht wohl gezählt...

Findet die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung also zumindest im Hinblick auf die Vertiefung der Integration ein Ende? Das hängt davon ab, welche Zielvorstellung die politischen Akteure für die Zukunft der Union entwickeln werden – und sie sollten bald eine entwickeln, bevor die schon jetzt allenthalben spürbare Unzufriedenheit der europäischen Bürger mit dem für sie relativ undurchschaubaren europäischen Prozeß weiter um sich greift. Man kann natürlich mit der Vision eines riesigen Binnenmarktes von Grönland bis Anatolien zufrieden sein und die Europäische Union als reine Wirtschafts- und Währungsunion zur Vollendung führen. Wenn man aber mehr will und der ursprünglichen Gründungsidee der Europäischen Gemeinschaften anhängt – eben eine politische Einheit zu schaffen, die einem europäischen Bundesstaat zumindest nahekommt –, dann ist es an der Zeit, über neue Formen der Integration nachzudenken. Das gilt jedenfalls dann, wenn zumindest ein Teil der europäischen Staaten ernsthaft zu diesem in politischen Sonntagsreden immer wieder beschworenen Ziel steht. Sollte dies freilich nicht der Fall sein, wären entsprechende Versuche von vornherein zum Scheitern verurteilt; dann sollten die politisch Verantwortlichen aber auch so ehrlich sein, das ihren Bürgern endlich einzugestehen.

Vorarbeiten zur Schaffung tiefergehender föderativer Strukturen sind auf wissenschaftlicher wie auf politischer Ebene schon zahlreich geleistet worden. Den meisten in diesem Zusammenhang entwickelten Ansätzen wohnt allerdings ein resignativ-pragmatischer Charakter inne: Man diagnostiziert die Probleme, die sich aus der ständig steigenden Komplexität des

Unionsgefüges für die politische Handlungsfähigkeit der Union ergeben, und bastelt Hilfskonstruktionen, um irgendwie über sie hinwegzukommen. In aller Regel beruhen diese Konstruktionen auf einem Gedanken, den man als „Zwiebelidee“ bezeichnen könnte: Um ein „Kerneuropa“ herum, das in manchen Entwürfen als „Gravitationszentrum“ der weiteren Integration erscheint, sollen sich sozusagen schichtweise die weiteren Mitgliedstaaten gruppieren, wobei die Integrationsdichte nach außen sukzessive abnimmt. In den Verträgen hat dieses Konzept bereits in Gestalt der sogenannten „verstärkten Zusammenarbeit“ seinen Ausdruck gefunden; es ist allerdings bezeichnend, daß von dieser Möglichkeit bisher eigentlich kein Gebrauch gemacht worden ist. Ansonsten sind vor allem zwei unterschiedliche Spielarten der Kerneuropa-Idee im Angebot:

- zum einen das „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“, wobei diesem Begriff die Vorstellung eigen ist, daß sich nach einem jeweils unterschiedlichen Zeitbedarf – den „Vorreitern“ im Kern folgend – doch wieder alle auf einem einheitlichen Integrationsniveau zusammenfinden. Diese Vorstellung darf man in einem Europa der 40 wohl ins Reich der Illusionen verweisen;
- zum anderen ein „Europa à la carte“, bei dem sich im Prinzip jeder Mitgliedstaat aus einem Spektrum unterschiedlicher Integrationsmöglichkeiten in freier Entscheidung diejenigen herausucht, die er wahrnehmen möchte und hinsichtlich derer er bereit ist, die aus der Integration folgenden Bindungen einzugehen. Mit diesem Modell würde man sich allerdings endgültig von dem Gedanken einer politischen Einheit Europas verabschieden.

Schließlich wird inzwischen von manchen auch ein radikaler Schnitt ins Spiel gebracht: ein Austritt der europäischen Kernstaaten aus der jetzigen Union und die Neugründung einer anderen institutionellen Einheit zur Weiterverfolgung des ursprünglichen politischen Einigungsziels. Diese Lösung atmet allerdings in gewisser Weise den Geist der Verzweiflung – und vor allem würde die eigentliche Europäische Union damit ausgerechnet in jenem Moment aufgegeben, in dem sie eigentlich den Gipfel ihres Erfolges erreicht hat.

Ist dazwischen noch eine andere Möglichkeit denkbar? Vielleicht sollte man sich in der Tat auf die Wurzeln der europäischen Einigungsidee zurückbesinnen: auf die von den Ideengebern verfolgte Zielvorstellung, ein Gebilde zu schaffen, das man in Ermangelung eines besseren Namens als die „Vereinigten Staaten von Europa“ bezeichnet hat. Dieser Begriff ist mittlerweile sehr aus der Mode gekommen und darf auch sicherlich nicht dahingehend mißverstanden werden, daß es um eine einfache Abbildung der USA auf der europäischen Ebene ginge. Aber er bringt den Gedanken zum Ausdruck, der vor über zweihundert Jahren an der Wiege Amerikas stand: aus einer Vielheit souveräner Einzelstaaten unter Beibehaltung ihrer Eigenständigkeit eine föderativ strukturierte politische Einheit – nicht notwendig einen reinen Bundesstaat – neu zu formen. Die Europäische Union war auf diesem Weg eigentlich schon weit vorangekommen. Wir sollten nicht zulassen, daß sie nunmehr in Gestalt strategischer Überdehnung zum Opfer ihres eigenen Erfolges wird. Daher bedarf es der Wiederbelebung ihrer Ursprungsidee, die sich aber nur in einem Kreis von Mitgliedern verwirklichen lassen wird, der erheblich kleiner ist als der der heutigen Union.

Auch wenn sich in diesem Vorschlag letztlich ebenfalls die Idee eines „Kerneuropa“ spiegelt, unterscheidet er sich doch erheblich von den drei oben genannten Ansätzen. Er läuft nicht auf ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ hinaus, da er von vornherein die Vorstellung aufgibt, es könnten am Ende alle Mitglieder der Union auch Mitglieder der „Vereinigten Staaten von Europa“ werden. Vielmehr wird es auf Dauer zwei Rechtskreise geben: die föderativ verfaßten „Vereinigten Staaten von Europa“ mit relativ wenigen Mitgliedern einerseits und eine im Prinzip ganz Europa umspannende, aber relativ locker strukturierte und im wesentlichen aus einem großen Binnenmarkt bestehende Europäische Union andererseits. Zwi-

schen diesen beiden Rechtskreisen kann außerdem keine „Rosinenpickerei“ im Sinne eines „Europa à la carte“ möglich sein: Jeder Staat wird sich entscheiden müssen, ob er in die „Vereinigten Staaten von Europa“ – mit allen Rechten und Pflichten – eintritt oder ob er „bloß“ Mitglied der Europäischen Union sein möchte. Schließlich aber sollen diese „Vereinigten Staaten“ auch nicht als Gegenmodell zur Union gegründet werden, wie es der Vorschlag eines Austritts der Kernstaaten aus der Union vorsieht, sondern einen Platz als besondere Einheit innerhalb der als Ganzes fortbestehenden Union einnehmen.

Welche Mitglieder der Europäischen Union als konstituierende Elemente einer solchen neuen Einheit in Betracht kommen, ist eine Frage, die nicht abstrakt entschieden werden kann. Sie bedarf einer intensiven öffentlichen Diskussion, wie sie in Europa angesichts der alltäglichen Auseinandersetzungen um Milchquoten, Strukturfonds und Harmonisierungsrichtlinien niemals wirklich geführt worden ist. Am Ende können nur jene Gesellschaften Aufnahme in die „Vereinigten Staaten von Europa“ finden, in denen von seiten der Politiker wie der Bevölkerung die Bereitschaft besteht, sich auf die damit einhergehenden weitreichenden Souveränitätsverzichte und die dazugehörigen Verständigungsprozesse, Rücksichtnahmegebote und Kooperationsverpflichtungen einzulassen. Das ist kein geringes Verlangen; als Lohn winkt jedoch die Verwirklichung des alten europäischen Einigungsraums, die Schaffung einer echten politischen Handlungseinheit, wie sie in einem Europa der 40 auf absehbare Zeit nicht möglich sein wird.

Die Rechtswissenschaft kann und sollte hierzu schon jetzt zwei Beiträge leisten: zum einen den Entwurf eines konstituierenden Dokuments für die „Vereinigten Staaten von Europa“, der als Blaupause für einen späteren Verfassungsgebungsprozeß fungieren kann und daher nur wenig mit dem zu tun haben wird, was jetzt als Verfassungsvertrag für die Union der 25 auf dem Tisch liegt. Noch wichtiger erscheint außerdem die Klärung des zukünftigen Verhältnisses zwischen der heutigen Union und dem, was hier in unverbesserlichem Optimismus anvisiert wird. Denn die Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“ soll nicht zerstören, was die Europäische Union bisher erreicht hat. Vielmehr muß und kann sich diese neue Einheit als wichtigstes Glied in die fortexistierende Union, ihre gemeinsamen Politiken und den europäischen Binnenmarkt einfügen. Gelingt die Versöhnung dieser beiden Konzeptionen, wird Europa das Maximum dessen verwirklichen können, was an Entwicklungsmöglichkeiten in ihm angelegt ist.

(Der Erstabdruck dieses Artikels erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24.11.2004.)

DIAS-Kommentare

- 1 Alexander Alvaro
Der globalisierte Terror 29. April 2003
- 2 Michaela Hertkorn
Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship 17. Juni 2003
- 3 Henricke Paepcke
Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak 17. Juni 2003
- 4 Panagiota Bogris
Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein 18. Juli 2003
- 5 Ulf Gartzke
Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative 19. Juli 2003
- 6 Lars Mammen
Herausforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen 11. September 2003
- 7 Ulf Gartzke
Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen 21. September 2003
- 8 Daniel J. Klocke
Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce 21. September 2003
- 9 Elizabeth G. Book
US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation 10. Oktober 2003
- 10 Dr. Bastian Giegerich
Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines 12. Oktober 2003
- 11 Barthélémy Courtment
Understanding the deep origins of the transatlantic rift 22. Oktober 2003
- 12 Rolf Schwarz
Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th 09. November 2003
- 13 Ulf Gartzke
Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War 15. November 2003
- 14 Daniel J. Klocke
Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern? 15. November 2003
- 15 Panagiota Bogris
Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung 21. November 2003
- 16 Jessica Duda
Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change? 21. November 2003
- 17 Elizabeth G. Book
Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union? 29. November 2003
- 18 Holger Teske
Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung 29. November 2003
- 19 Niels-Jakob Küttner
Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung 11. Dezember 2003

20	Unbekannt Der große europäische Teppich	11. Dezember 2003
21	Unbekannt Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung	14. Januar 2004
22	Dimitrios Argirakos Marx reloaded – einige Gedanken zum 155. jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes	08. März 2004
23	Ulf Gartzke Regime Change à la El Kaida	20. März 2004
24	R. Alexander Lorz Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyperer	27. April 2004
25	Alexander Siedschlag Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung	02. Mai 2004
26	Niels-Jakob Küttner Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig	17. Juni 2004
27	Karim Zourgui Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung	02. Juli 2004
28	Dimitrios Argirakos Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung	02. Juli 2004
29	Alexander Alvaro Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten	14. Januar 2005
30	R. Alexander Lorz Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa	14. Januar 2005
31	Harpriye A. Juneja The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century	22. Januar 2005
32	Joshua Stern NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11	22. Januar 2005
33	Caroline Oke The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century?	22. Januar 2005
34	Dustin Dehez Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft	01. Februar 2005
35	Marwan Abou-Taam Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft	01. Februar 2005
36	Dimitrios Argirakos Die Entente der Halbstarke, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa	10. Februar 2005

- | | | |
|----|--|------------------|
| 37 | Jessica Heun
Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt... | 17. Februar 2005 |
| 38 | Dustin Dehez
Umfassender Schutz für Truppe und Heimat? | 01. März 2005 |
| 39 | Dimitrios Argirakos
Über das Wesen der Außenpolitik | 02. Mai 2005 |
| 40 | Babak Khalatbari
Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost | 02. Mai 2005 |
| 41 | Panagiota Bogris
Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen | 09. Mai 2005 |
| 42 | Jessica Heun
Quo vadis Roma? | 17. Mai 2005 |
| 43 | Patricia Stelzer
Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz | 27. Mai 2005 |
| 44 | Daniel-Philippe Lüdemann
Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non-governmental Organisations | 02. Juni 2005 |
| 45 | Dr. Michaela Hertkorn
France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations | 03. Juni 2005 |
| 46 | Babak Khalatbari
Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt | 04. Juni 2005 |
| 47 | Edward Roby
A hollow economy | 13. Juni 2005 |
| 48 | Patricia Stelzer
Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu | 02. Juli 2005 |
| 49 | Lars Mammen
Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismuspolitik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union | 08. Juli 2005 |
| 50 | Daniel Pahl
Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran | 19. Juli 2005 |
| 51 | Michaela Hertkorn
An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London | 22. Juli 2005 |
| 52 | Dustin Dehez
Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit? | 24. Juli 2005 |
| 53 | Edward Roby
Who 'll stop the winds? | 29. Juli 2005 |
| 54 | Patricia Stelzer
Lost in global indifference | 01. August 2005 |

55	Dustin Dehéz Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs	04. August 2005
56	Dr. Dimitrios Argirakos Die diplomatische Lösung im Fall Iran	12. August 2005
57	Jessica Heun Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?	23. August 2005
58	Wilko Wiesner Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?	31. August 2005
59	Edward Roby Where do Jobs come from?	04. September 2005
60	Lars Mammen Remembering the 4 th Anniversary of 9-11	11. September 2005
61	Ulf Gartzke The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S	16. September 2005
62	Sascha Arnautovic Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht ich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter	27. September 2005
63	Dustin Dehéz Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq	25. Oktober 2005
64	Michaela Hertkorn Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections	07. November 2005
65	R. Alexander Lorz The Eternal Life of Eternal Peace	07. November 2005
66	R. Alexander Lorz International Constraints on Constitution - Making	08. November 2005
67	Unbekannt The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?	15. November 2005
68	Jessica Heun 10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung	15. November 2005
69	Hendrik Schulten Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichtenswesens der Bundeswehr	02. Dezember 2005
70	Edward Roby Transatlantic financial market: integration or confrontation?	12. Dezember 2005
71	Dustin Dehéz Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa	25. Dezember 2005
72	Franz Halas/Cornelia Frank Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand	16. Januar 2006
73	Mark Glasow Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus` auf der internationalen Bühne	07. Februar 2006

74	Ulf Gartzke What Canada's Prime Minister can learn from the German Chancellor	09. Februar 2006
75	Edward Roby Control of oil is dollar strategy	13. Februar 2006
76	Dr. Lars Mammen Erster Prozess zum 11. September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung?	10. März 2006
77	Edward Roby New asset class for cosmopolitan high rollers	18. März 2006
78	Daniel Pahl Thoughts about the military balance the PRC and the USA	18. März 2006
79	Dustin Dehéz Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo	18. März 2006
80	Lars Mammen Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus	26. März 2006
81	Edward Roby Clocking the speed of capital flight	17. April 2006
82	Ulf Gartzke Turkey's Dark Past and Uncertain Future	17. April 2006
83	Lars Mammen Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui	04. Mai 2006
84	Jessica Heun See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil	23. Mai 2006
85	Tiffany Wheeler Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment	23. Mai 2006
86	Dustin Dehéz Obstacles on the way to international recognition for Somaliland	29. Mai 2006
87	Dustin Dehéz Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen?	01. Juni 2006
88	Samuel D. Hernandez Latin America's Crucial Role as Transatlantic Player	21. Juni 2006
89	Sarabeth K. Trujillo The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters	21. Juni 2006
90	Matthew Omolesky Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo	26. Juni 2006
91	Eckhart von Wildenrad A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954	26. Juni 2006

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 92 | Gesine Wolf-Zimper
Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung? | 01. Juli 2006 |
| 93 | Edward Roby
The geopolitics of gasoline | 10. Juli 2006 |
| 94 | Michaela Hertkorn
Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon | 01. August 2006 |
| 95 | Edward Roby
Germany's 2% boom | 11. September 2006 |
| 96 | Lars Mammen
Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 | 12. September 2006 |
| 97 | Dustin Dehéz
Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia | 28. September 2006 |
| 98 | Edward Roby
Asian energy quest roils worldwide petroleum market | 02. Oktober 2006 |
| 99 | Christopher Radler
Ägypten nach den Parlamentswahlen | 11. Oktober 2006 |
| 100 | Michaela Hertkorn
Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework | 16. November 2006 |
| 101 | Raphael L'Hoest
Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie | 10. Januar 2007 |
| 102 | Klaus Bender
The Mystery of the Supernotes | 11. Januar 2007 |
| 103 | Dustin Dehéz
Jahrhundert der Ölkriege? | 11. Januar 2007 |
| 104 | Edward Roby
A Nutcracker for Europe's energy fantasies | 14. Januar 2007 |
| 105 | C. Eduardo Vargas Toro
Turkey' s Prospects of Accession to the European Union | 25. Januar 2007 |
| 106 | Unbekannt
Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk | 30. Januar 2007 |
| 107 | Edward Roby
Healthy market correction or prelude to a perfect storm? | 19. März 2007 |
| 108 | Edward Roby
Upswing from nowhere | 25. Mai 2007 |
| 109 | Daniel Pahl
Restraint in interstate – violence | 29. Juni 2007 |
| 110 | Michaela Hertkorn
Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive | 02. Juli 2007 |

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 111 | Tatsiana Lintouskaya
Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl | 10. August 2007 |
| 112 | Edward Roby
Western credit crunch tests irreversibility of globalization | 10. August 2007 |
| 113 | Holger Teske
Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik? | 31. August 2007 |
| 114 | Edward Roby
Euro shares reserve burden of wilting dollar | 22. Oktober 2007 |
| 115 | Peter Lundin
The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration | 07. November 2007 |
| 116 | Michaela Hertkorn
Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework | 01. Dezember 2007 |
| 117 | Dimitrios Argirakos
Merkels Außenpolitik ist gefährlich | 07. Dezember 2007 |
| 118 | Edward Roby
Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective | 07. Dezember 2007 |
| 119 | Dr. Christian Wipperfürth
Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen | 05. Januar 2008 |
| 120 | Dustin Dehéz
Somalia – Krieg an der zweiten Front? | 06. Februar 2008 |
| 121 | Edward Roby
Can Europe help repair the broken bubble? | 10. Februar 2008 |
| 122 | Dr. Christian Wipperfürth
Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen | 18. März 2008 |
| 123 | Philipp Schweers
Jemen vor dem Kollaps? | 18. März 2008 |
| 124 | Philipp Schweers
Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl? | 01. April 2008 |
| 125 | Christian Rieck
Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11.September – Implikationen der Irakintervention | 02. April 2008 |
| 126 | Christian Rieck
Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ? | 02. April 2008 |
| 127 | Philipp Schweers
Towards a " New Middle East" ? | 09. April 2008 |
| 128 | Christian Rieck
Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen | 02. Mai 2008 |
| 129 | Christopher Radler
Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad | 06. Mai 2008 |

130	Ulrich Petersohn Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)	09. Mai 2008
131	Edward Roby Food joins energy in speculative global price spiral	09. Mai 2008
132	Edward Roby Central Banks declare war on resurgent inflation	12. Juni 2008
133	Daniel Werdung Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe	12. Juni 2008
134	Christian Rieck Bemerkung zum europäischen Traum	13. Juni 2008
135	Philipp Schweers Zukunftsbranche Piraterie?	13. Juni 2008
136	Philipp Schweers Yemen: Renewed Houthi - Conflict	19. Juni 2008
137	Philipp Schweers Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus	20. Juni 2008
138	Dustin Dehéz Der Ras Doumeira–Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich?	09. Juli 2008
139	Philipp Schweers A new security paradigm for the Persian Gulf	09. Juli 2008
140	Edward Roby Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy	27. August 2008
141	Edward Roby Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row	25. September 2008
142	Burkhard Theile Bankenkrise und Wissensgesellschaft	21. November 2008
143	Christopher Radler Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idás?	30. Dezember 2008
144	Edward Roby Credit crisis starts to level global trade imbalances	14. Januar 2009
145	Daniel Pahl Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident	20. Januar 2009
146	Christopher Radler Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse	29. Januar 2009
147	Christian Rieck The Legacy of the Nation – State in East Asia	29. März 2009
148	Edward Roby A recovery on credit	04. September 2009
149	Christopher Radler Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa'idás	28. Oktober 2009

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 150 | Rana Deep Islam
Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse | 13. Dezember 2009 |
| 151 | Edward Roby
Devil gas takes blame for death and taxes | 16. Dezember 2009 |
| 152 | Vinzenz Himmighofen
Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt | 15. Januar 2010 |

DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org